



INFORMIERT

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK

Gesundheitsreform? So nicht!

Die **Sozialpartnervorlage** für eine Reform des Gesundheitswesens hat angeblich keine negativen Auswirkungen auf die PatientInnen. In Wahrheit läutet sie entsprechend den EU-weiten Liberalisierungsbestrebungen mit einem erhöhten Druck auf die Ärzteschaft und der Reduzierung von Leistungen die Privatisierung ein, mit ihr droht eine Zwei-Klassen-Medizin. Widerstand ist notwendig!

Eine nachhaltig gesicherte Finanzierung des Gesundheitswesens macht angesichts einer sinkenden Lohnquote und steigender Kapitalerträge eine **Wertschöpfungsabgabe** notwendig. Die Dienstgeberbeiträge müssen statt nach der durch die enorme Rationalisierung ausgedünnten Lohnsumme auf die gesamte Wertschöpfung ausgeweitet werden. Außerdem schulden die Unternehmer den Sozialversicherungen fast eine Milliarde Euro Beiträge.

Notwendig ist die **Abschaffung der Selbstbehalte**, durch welche chronisch Kranke und Menschen mit geringem Einkommen im Krankheitsfall zusätzlich belastet werden.

Zur **Finanzierung** des Gesundheitswesens ist die Mitfinanzierung durch Bund und Länder unerlässlich. Die Pflichtversicherung muss erhalten bleiben, von einer Umstellung auf eine Versicherungspflicht würden nur private Versicherer auf Kosten der PatientInnen profitieren. Die Abfertigung Neu und die Pensionsreform sind warnende Negativbeispiele für die Begehrlichkeit der Versicherungen.

Die **Selbstverwaltung** muss erhalten und durch die Wahl der Gremien durch die Versicherten und Urabstimmungen gestärkt werden. Gut funktionierende Kassen-einrichtungen wie Ambulatorien oder Kurheime dürfen nicht durch eine Trennung von Leistung und Finanzierung privatisiert werden. Eine Zentralisierung in einer Holding ist kontraproduktiv und zielt auf eine Privatisierung. Völlig unverständlich ist daher, dass die ÖGB-Führung diese Vorlage mitverantwortet.

Notwendig ist ein **Gesamtkonzept** für das Gesundheitswesen inklusive Spitäler und Pflege mit Abstimmung von Vorsorge, ambulanter Versorgung durch niedergelassene Ärzte, Spitäler und Ambulanzen bis zur Rehabilitation und sozialer Nachsorgeeinrichtungen. Notwendig ist die Verankerung des Sozialstaates und Zugang zum Gesundheitswesen für alle in der Verfassung, wie in dem 2002 von 715.000 Menschen unterstützten Sozialstaats-Volksbegehren gefordert.

Der GLB fordert ■ Wertschöpfungsabgabe einführen ■ Beitragsschulden eintreiben ■ Selbstbehalte abschaffen ■ Staatszuschüsse sichern ■ Selbstverwaltung ausbauen ■ Sozialstaat in die Verfassung